



Das gibt es auch in Regensburg: Menschen stehen bei einer sozialen Tafel Schlange.

Foto: dpa

Armutskonferenz: Es gibt zu wenig günstige Wohnungen

SOZIALES Die Stadt setzt sich durchaus glaubhaft für die Bürger am Rande der Gesellschaft ein. Auf dem weiten Feld muss aber auch noch viel geackert werden.

VON GABI HUEBER-LUTZ, MZ

REGENSBURG. Das Problem der Armut auch in einer reichen Stadt wie Regensburg wird nicht geringer. Das Fazit nach einer intensiven Diskussion bei der jüngsten Regensburger Armutskonferenz: Die Stadt Regensburg setzt sich für die Bürger am Rande der Gesellschaft ein. Auf dem weiten Feld ist aber noch viel zu tun. Und für viele Verbesserungen fehlen der Kommune schlicht die Kompetenzen. Das Evangelische Bildungswerk (EBW) und das Armutsforum Regensburg veranstalteten die Konferenz. Am Podium saßen dazu Kurt Schindler vom Mieterbund, Richard Spieß, der kurzfristig als Vertreter des Armutsforums eingesprungen war, Gotthold Streitberger von der BI Asyl sowie als Adressatin vieler Fragen, Anregungen und Forderungen Sozialbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer. Carsten Lenk vom EBW moderierte die Veranstaltung.

Bei Stadtbau genau hinsehen

In einer anschließenden Diskussion meldeten sich auch einige der rund 50 Zuhörer zu Wort. Drei große Themen waren es, die die Diskussion beherrschten: Bezahlbares Wohnen, Armut bei Flüchtlingen und die Sozialplanung der Stadt. Einig waren sich alle, dass es zu wenig Mietraum für Menschen mit geringem Einkommen in Regensburg gibt. Kurt Schindler kritisierte, dass das frühere Wohnungsamt bei der Stadt zur Abteilung degradiert wurde. Auch die Rolle der Stadtbau griff er an: Sie habe in den letzten Jahren das Gemeinwohl verlassen. Sie sollte aber Vorreiter und Vorbild bei der Bestandssicherung von preiswertem Wohnraum sein.

Gertrud Maltz-Schwarzfischer gab ihm zum Teil recht. Die Stadtbau habe in den letzten Jahren nicht mehr neu gebaut, sondern nur noch verwaltet, so wie viele der Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften in Regensburg insgesamt. Die Stadt habe jetzt angefangen, der Stadtbau Flächen zur Verfügung zu stellen und das solle auch so weiter gehen. Wichtig sei es auch, bei der Stadtbau genau hinzusehen und zu schauen, wie sie bei Sanierungen vorgehe. Gotthold Streitberger

von der BI Asyl legte eine zehn Punkte umfassende Liste mit Forderungen vor. Sie reichten von einem regelmäßigen Kunden Tisch zur Flüchtlingsproblematik bis hin zum Ausnutzen von Ermessensspielräumen durch die Stadt. Dem im Sommer eingeführten Stadtpass, der bedürftigen Menschen Ermäßigungen bietet, zollte er Lob. Die Stadt möge auf den Landkreis Einfluss nehmen, dass er sich hier anschließe.

Maltz-Schwarzfischer kündigte an, dass es bei der Stadt wahrscheinlich schon Anfang 2016 ein neues Amt geben werden, dessen Arbeitstitel Asylbewerber, Flüchtlinge, Integration laute. Es werde auch eine Stelle geben, die die Ehrenamtlichen unterstützt, die sich um Flüchtlinge kümmern. Ermessensspielräume für die Stadt gebe es hingegen nicht viele. Richard Spieß vom Armutsforum forderte die Stadt

auf, zum Beispiel die Reinigungsarbeiten in den Bereich der Kommune zurückzuholen und nicht an externe Firmen zu vergeben. Armut vermeide man nämlich am besten dadurch, dass Menschen für ihre Arbeit so bezahlt werden, dass sie davon leben können.

Intensivere Begleitung von Familien

Maltz-Schwarzfischer sagte, die Stadt habe bereits eine sehr hohe Quote an Eigenreinigung und versicherte, das Schritt für Schritt zu steigern. Auch habe man keine Beschäftigten mehr in der Entgeltgruppe eins. Man könne die Ursachen von Armut aber noch in vielen anderen Bereichen bekämpfen. Das große Thema ist hier Bildung und die Betreuung von Familien. Man habe da bei der Stadt einen Hänger gehabt, „aber die Maßnahmen sind jetzt ange laufen“.

MEINUNGEN



► **Kurt Schindler:** „Wohnen ist ein Grundrecht. Es ist eine Pflichtaufgabe der Stadt, preiswerten Wohnraum zu bieten.“ Preiswerte Mieten lägen unter sieben Euro/Quadratmeter. Wenn man nur in Neubau und Modernisierung investiere, kämen unverträgliche Mieten zustande. „Man muss fragen, wie der Standard einer Wohnung sein muss, damit der Mietpreis verträglich ist.“



► **Gotthold Streitberger:** Er bezeichnete es als „bedeutenden positiven Paradigmenwechsel“, dass die Stadt als Leitgedanken für den Umgang mit Flüchtlingen Integration, Willkommenskultur und Teilhabe sehe. Bedauerlich sei es, dass OB Wolbergs das neue Asylbewerbergesetz als sinnvollen Kompromiss bezeichne. Denn Masterplan des Gesetzes sei das Aushungern in Erstaufnahmelagern.



► **Gertrud Maltz-Schwarzfischer:** „Wir haben zu wenig sozialen Wohnraum in Regensburg. Es gibt relativ viele Menschen in unserer Stadt, die echte Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben.“ Angesichts heftig gestiegener Immobilienpreise „kann man das nicht so lassen.“ Im Januar werde es eine umfassende Vorlage geben, was die Stadt tun kann, um Mietpreis bremsend auf den Markt einzuwirken.



► **Richard Spieß:** „In dieser Stadt ist Armut nach wie vor ein großes Thema. Die Stadt tut, was sie kann und es werden viele Dinge umgesetzt.“ Es gebe aber viel verborgene Armut. Die alte Frau etwa, die am Ende des Monats nicht mehr heizen könne, aber keine Hilfe beantrage. Auf diese Menschen müsse die Stadt zugehen. Generell werde die Schere zwischen Arm und Reich aber immer mehr auseinander klaffen. Text und Fotos: lhl